

Finanz- und Klimakrise: Wie die Lösung der einen zur Lösung der anderen beitragen kann

Finanzmärkte und Klimasystem haben eines gemeinsam: Sie sind Gemeingüter, wurden aber übernutzt wie die sprichwörtliche Gemeindewiese. Sie sollten allen zugutekommen, wurden jedoch nach dem Recht des Stärkeren zur Bereicherung weniger missbraucht. Damit sich das in den jetzigen Krisen nicht wiederholt, müssen die Industrieländer sicherstellen, dass die staatlichen Mittel, die sie für die Bankenliquidität mobilisieren, zugleich für klimapolitische Projekte eingesetzt werden. Bisher jedoch geschieht das Gegenteil: Unsere Wirtschaftsordnung lädt die (Finanz-) Marktakteure geradezu ein, die öffentlichen Güter auszubeuten.

Gerhard Scherhorn, Hermann E. Ott

Financial and Climate Crisis: How Solving One Can Solve the Other | GAIA 18/2 (2009): 110–114

Keywords: climate crisis, commons, financial crisis

Die Finanzkrise ist noch lange nicht ausgestanden – „toxische“ Papiere im Wert von fünf Billionen Dollar werden im Bankensystem vermutet. Inzwischen hat sie sich, wie nach 1929, zu einer globalen Wirtschaftskrise ausgeweitet. Rettungspakete im Wert von einigen Hundert Milliarden Dollar und Euro sind in großer Eile geschnürt worden. Ob sie die erhoffte Sanierung des Bankensystems bewirken werden, ist ungewiss. Offen ist auch, ob die auf dem G-20-Gipfel im April 2009 in London formulierten Absichten zur Neuregulierung der Finanzmärkte wirksam genug umgesetzt werden, um künftige Krisen abzuwenden. Aber vor allem sind die bisherigen Schritte zu wenig geeignet, auch die drohende Klima- und Ressourcenkrise abzuwenden. Das wäre jedoch dringend notwendig.

Um noch einmal die Dimensionen der Klimakatastrophe vor Augen zu halten: Der frühere Weltbank-Ökonom Nicholas Stern schätzt in seinem Ende 2006 der britischen Regierung übergebenen Gutachten die Kosten einer ungebremsten Erwärmung des Weltklimas auf fünf bis 20 Prozent des globalen Bruttonutzenprodukts – jedes Jahr (Stern 2007). Die menschlichen und sozialen Tragödien, die ein solcher Einschnitt mit sich brächte, noch verstärkt durch eine extreme Verteuerung aller Rohstoffe, können solche Zahlen nicht vermitteln. Es besteht die Gefahr, dass eines oder mehrere Elemente des Klimasystems in einen neuen Grundzustand übergehen – mit unabsehbaren Folgen für die menschliche Zivilisation auf unserem Planeten.

So ist es (über-)lebenswichtig, dass die Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise die Bekämpfung der Klimakrise nicht hinausschiebt, sondern im Gegenteil unterstützt.

Die Finanz- und die Klimakrise haben gemeinsame Ursachen

Dazu muss erkannt werden, dass beide Krisen gemeinsame Ursachen haben: die Übernutzung von Gemeingütern. Die Klimakrise ist aus der Übernutzung des Gemeinguts „fossile Energiequellen“ seit den 1950er Jahren entstanden (zur Datierung: Pfister 1995), die Finanzkrise aus der Übernutzung des Gemeinguts „Finanzmärkte“ seit den 1970er Jahren (zur Datierung: Harvey 2005, S. 18–42, Reich 2008, S. 70–96).

Die Erschließung der fossilen Ressourcen ermöglichte eine nie gekannte Effektivität von Antriebsenergien und (Kunst-)Stoffen. Zugleich förderte sie jedoch eine Allmachtsillusion, welche die Endlichkeit der Ressourcen aus dem Bewusstsein verdrängte und der Entwicklung nachhaltiger Strukturen inhärenten Widerstand entgegengesetzte. Nachhaltigkeit hätte Reinvestition von Gewinnen in die Wiedergewinnung oder den Ersatz der fossilen Ressourcen durch erneuerbare bedeutet. Doch dies hätte die Kapitalakkumulation gedämpft, denn es war billiger, die anfallenden Schadstoffe zu emittieren. So kam es zur Klimaerwärmung, weil der Aufwand unterlassen, also auf die Atmosphäre abgewälzt (externalisiert) wurde. Das hat die Kapitalrendite und in den Industrieländern auch den Massenwohlstand erhöht – allerdings zum Nachteil der Entwicklungsländer, die deshalb heute ihren Nachholbedarf an Externalisierung geltend machen.

Auch die Finanzkrise entsprang der Übernutzung eines Gemeinguts, das jedoch als solches oft gar nicht erkannt wird: die

Kontakt: Prof. Dr. Gerhard Scherhorn | Otto-Beck-Straße 50 | 68165 Mannheim | Deutschland | Tel.: +49 621 418520809 | E-Mail: g.scherhorn@vyype.de

Dr. Hermann E. Ott | Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie | Berlin | Deutschland | E-Mail: hermann.ott@wupperinst.org

der Finanzmärkte. Dass sie übernutzt werden konnten, haben die Regierungen auf zwei konträren Wegen bewirkt. Vor allem haben sie nationale Kontrollen des Kapitalverkehrs aufgehoben, ohne sie durch internationale zu ersetzen. Die Liberalisierung übertrug die Allmachtsillusion auch auf das Finanzkapital, weil sie es ermöglichte, dass dessen Bindung an die reale Produktion – durch Entkopplung des Kredits vom Eigenkapital und durch Verschleierung spekulativer Risiken – überdehnt wurde (Scherhorn 2009). Daneben hat auch manche überzogene Regulierung – wie in den USA die staatliche Absicherung führender Hypothekenbanken oder die Notenbankpolitik des extrem billigen Geldes – dazu beigetragen, dass die Vergabe von Immobilienkrediten ausufern konnte. Die Übernutzung der Finanzmärkte erlaubte vorübergehend hohe Gewinne, so dass das Finanzkapital die Erwartung erhöhter Kapitalrenditen auf die reale Wirtschaft übertrug. Diese Erwartung verstärkte den Zwang zur Externalisierung, zu Privatisierungsstrategien und zur Marginalisierung von Arbeitskräften. Das Ergebnis war die Inflation der Geldvermögen und die weite Öffnung der Einkommensschere. Mit anderen Worten: eine Verselbstständigung des Finanzkapitals gegenüber dem Realkapital zugunsten der Geldelite, also zum Nachteil des Massenwohlstands auch in den Industrieländern.

In der Klimakrise wirkt sich aus, dass die fossilen Ressourcen kurzfristig zum Vorteil der industriellen Nutzer ausgebeutet werden konnten – wie in Hardins berühmter Parabel die Gemeindewiese, auf die zu viele Tiere getrieben werden, weil keine Instanz dafür sorgt, dass die langfristige Tragfähigkeit durch Rationierung und Regeneration aufrechterhalten wird (Hardin 1968). In der Finanzkrise wirkt sich aus, dass die gesamtwirtschaftliche Funktion der Finanzmärkte, nämlich der realen Wirtschaft die Finanzierung von Investitionen und die Begrenzung von Risiken zu vermitteln, systematisch zur individuellen Bereicherung der Finanzakteure abgefälscht werden konnte. Denn diese erhielten die Möglichkeit, das Finanzkapital in nie gekanntem Umfang vom Realkapital abzukoppeln.

Beide Krisen entsprangen demnach dem Bestreben, die Kapitalerträge um den Gegenwert der Übernutzung der Gemeingüter zu überhöhen, obwohl der Spielraum dafür schwindet. Die Kapitalakkumulation ist auf exponentielles Wachstum angelegt, operiert aber in einer endlichen Welt; die ihr innewohnenden Widersprüche treten immer deutlicher zutage (Wallerstein 2002). Dies ist das grundsätzliche Dilemma allen Wirtschaftens in den letzten 30 bis 40 Jahren: Die nutzbaren Räume sind besetzt und die Kapitalexpansion – durch die drei Strategien Externalisierung von Kosten auf Umwelt und Gesellschaft, Marginalisierung der Arbeit und Privatisierung von natürlichen oder staatlichen Monopolen – lässt sich nicht mehr lange fortsetzen.

Diese Strategien gefährden akut den Wohlstand der entwickelten und das Nachholen der sich entwickelnden Länder, weil sie die Gemeingüter, die doch allen gehören und allen nützen sollten, zur Bereicherung weniger missbrauchen und die Allgemeinheit verarmen lassen. Die wenigen gehören zum obersten Hundertstel der Einkommenspyramide. Bei ihnen sammelt sich das „große Kapital“ an, dessen Interessen den Kapitalismus re-

gieren (Braudel 1986). Sein Anteil am Volkseinkommen ist bei allen regionalen Unterschieden inzwischen so hoch, dass für die Arbeiter(innen), Angestellten und kleinen Selbstständigen zu wenig übrig bleibt (Frank 2007). Die Akkumulation des großen Kapitals hat sich auf die Finanzmärkte und, nicht zu vergessen, auf die Aufträge, die Steuerprivilegien und die Zinszahlungen vom Staat verlagert. Da der Beitrag des großen Kapitals zu den Steuereinnahmen schwand, wurden zusätzliche Staatsanleihen aufgelegt und von den Vermögenden gezeichnet, denen sie als Zinsen wieder zufließen (Jenner 2006, S. 143).

Die treibenden Kräfte

Die Behebung beider Krisen erfordert das Gegenteil von Übernutzung, nämlich eine bewusste Umkehr zur schonenden Nutzung der Gemeingüter – zur nachhaltigen Entwicklung. Dies setzt eine tiefgreifende Änderung im allgemeinen Bewusstsein voraus. Denn die Kräfte hinter den Krisen waren und sind auf Übernutzung gerichtet. Sie resultieren aus einer Orientierung politischer und ökonomischer Interessen am Recht des Stärkeren: „Jeder fürchtet, dass der andere die eigene Schwäche ausnutzt, um daraus einen Vorteil für sich selbst zu ziehen“ und sucht daher im „Wettlauf um die größte ökonomisch-militärische Potenz“ die Nase vorn zu haben (Jenner 2006, S. 133 f.; zur Machtstrategie siehe auch Harvey 2005, S. 52–82; Krugman 2007, S. 114–169; Klein 2007). Die Vorstellung vom „Fressen oder Gefressenwerden“ steht gleichermaßen

- hinter dem Vorgehen einer Aktiengesellschaft, die aus Furcht vor feindlicher Übernahme ihr Gewinn- und Aktienkursniveau verteidigt oder erhöht, auch wenn sie dazu trotz guter Geschäftslage Arbeitnehmer(innen) entlassen muss;
- hinter der Strategie eines Automobilproduzenten, der sich scheut, seine Autos zur Verringerung der CO₂-Emissionen kleiner und leichter zu machen, weil dann die Konkurrenten, die weiterhin das Klima mit großen, schweren, schnellen Autos belasten, einen Gewinnvorsprung hätten;
- hinter den Fusionen zu immer größeren, also mächtigeren, wenn auch schwerfälligeren Unternehmen. Nach Barnes (2006, S. 22) produzierten die 500 größten US-Konzerne 1955 ein Drittel des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts, 2004 schon zwei Drittel.

Mit einem Wort: Die Übernutzung der Gemeingüter ist ein Ergebnis der Politik der Stärke, der Machtstrategie, der Bereicherung auf Kosten Schwächerer. Mit dem Nachhaltigkeitsziel ist diese Politik nicht vereinbar. Dass die Machtstrategie zwischen Nationen aufgegeben werden kann, hat die EU gezeigt. Auch auf anderen Kontinenten beginnt sich die Erkenntnis Bahn zu brechen, dass in einer zusammenwachsenden Welt die Strategie der gegenseitigen Übervorteilung nicht zweckdienlich ist und von einer kooperativen Weltinnenpolitik abgelöst werden muss (Sachs und Ott 2007). Und auch *innerhalb* der Volkswirtschaften wirkt die Machtstrategie zerstörerisch, wie spätestens die Finanz-

>

krise mit aller Deutlichkeit gezeigt hat. So erscheint eine Revision der für das Zusammenleben und Wirtschaften geltenden Regeln unausweichlich.

Die Lösung der Finanzkrise darf kein schlechtes Beispiel geben

Doch die zurzeit absehbaren Strategien zur Abwendung der Finanzkrise weisen fatal in die falsche Richtung und geben ein schlechtes Beispiel für die Lösung der Klima- und Ressourcenkrise. Die Zuschwemmung mit staatlichem Geld, die jetzt die Diskussion dominiert, wälzt die Kosten des Fehlverhaltens der Finanzakteure auf Schwächere ab – auf Steuerzahler oder Inflationsverlierer. Natürlich muss der Staat das Finanzsystem funktionsfähig erhalten. Doch darf dies nicht dadurch geschehen, dass die zur Belebung des Kreditverkehrs mobilisierten staatlichen Gelder im Verlustausgleich für das Finanzkapital enden, das die Krise bewirkt hat. Dadurch würde das Finanzkapital in der Einstellung bestätigt, dass es sich die Gewinne, die der Markt nicht mehr hergibt, vom Staat holen kann.

Zu allem Überfluss wird auch der Energiewirtschaft vorgeführt, wie sie den Staat erpressen kann: Durch Größe und vor allem Verflechtung muss eine „systemische“ Qualität erreicht werden, die dem Staat keine Wahl lässt, ob er rettet oder nicht. Tendenzen in diese Richtung sind schon erkennbar. Die traditionelle Energiewirtschaft unternimmt nicht den notwendigen Strategiewechsel in Richtung erneuerbare Energien, sondern investiert ihre Monopolgewinne (und die unverhofften Gewinne oder *windfall profits* aus dem Emissionshandel) in Zukäufe und Beteiligungen. Hier wird schon der nächste *bailout*¹ durch Steuergelder in 20 Jahren vorbereitet: die Rettung der maroden Energiekonzerne, die zu lange auf eine fossile, zentralistische Energieerzeugung gesetzt haben, die aber unter den Bedingungen des Klimawandels obsolet ist.

Eine Chance für nachhaltige Entwicklung entstünde, wenn die Sanierung insolventer Banken auf marktkonformem Weg erreicht würde, etwa durch Umwandlung privater Schulden in Eigenkapital. Luigi Zingales von der University of Chicago hat vorgeschlagen, die Gesetzgeber mögen die Verluste der *Main Street* (also des kleinen Mannes) minimieren, indem sie für die Immobilienkredite ein Zeitfenster zu Neuverhandlungen öffnen, in denen die Kreditgeber (oder die Käufer der Kreditverträge, auch im Ausland) den Kreditnehmern einen kleineren Teil der Schuld erlassen, um den größeren zu retten; schließlich läge der Erlös einer Zwangsversteigerung gegenwärtig weit unter der Kreditsumme. Die Kreditgeber sollten verpflichtet werden, ihre Forderungen um den Prozentsatz zu ermäßigen, um den die Immobilienpreise gesunken sind. Das wäre ein Schuldenerlass, durch den ein Teil der Hypothekenschuld in das Eigenkapital der Hausbesitzer(innen) überginge. Nach dem Prinzip des Transfers von

Schulden in Kapital könnten auch die Finanzen der *Wall Street* (also der großen Spieler) gesunden, ohne dass die Steuerzahler die Zeche begleichen müssten. Die Gesetzgeber würden ein besonderes Verfahren einführen, das es insolventen Banken ermöglicht, auf der Passivseite ihrer Bilanz Anleihen in Eigenkapital zu verwandeln. So würde die um die Abschreibung fauler Kredite geschrumpfte Grundlage für die künftige Kreditvergabe wieder vergrößert. Den bisherigen Aktionär(inn)en könnte die befristete Option angeboten werden, den Anleihe- oder Einlagengläubigern die zu transformierenden Schuldverschreibungen abzukaufen. Und durch die Errichtung von *bad banks* würden die Verluste in der Realisierung zeitlich gestreckt, aber nicht vom Staat übernommen (Zingales 2008, 2009).

Dieser Weg, dem sich übrigens auch ein Partner der größten Schweizer Privatbank angeschlossen hat (de Planta 2009), wäre besser als das Verteilen riesiger Geldsummen an diejenigen, welche die Verluste der Banken, Fonds und sonstigen Spekulanten zu verantworten haben. Es belastete die Steuerzahler weniger, brächte das Bankensystem schneller in die Funktionsfähigkeit zurück, setzte das richtige Signal – nämlich dass für Verluste am Markt die Marktpartner auch künftig selbst haften –, und zudem würden viele der jetzt locker gemachten Milliarden frei für eine konzertierte Klimapolitik, statt dass sie zur Entschuldung des Finanzkapitals verbrannt würden.

So können die staatlichen Mittel, die man durch eine marktkonforme Sanierung der Finanzmärkte einspart, der schnelleren Erschließung der solaren Energiequellen, aber auch der Funktionsfähigkeit der lebenswichtigen CO₂-Senken zugutekommen: Wenn die Klimaerwärmung bis Mitte des Jahrhunderts gestoppt werden soll, müssen Regenwälder erhalten, Feuchtgebiete rekultiviert und Wüsten aufgeforstet werden (Stern 2007). Dafür ist viel staatliches Geld nötig; dieses kann nicht zweimal ausgegeben werden. Es für die Sanierung der Bankbilanzen zu verschwenden, statt dafür den Markt in die Pflicht zu nehmen, hieße, die Klimaziele aufzugeben. Sie sind nur noch wenige Jahre überhaupt erreichbar (Ott 2008); wenn wir sie jetzt hinausschieben, ernten wir die Klimakatastrophe und vergeben die Chance auf eine zukunftsfähige Weichenstellung.

Grundprobleme unserer ökonomischen Struktur – und ihre Lösung

Um beide, die Finanzkrise und die Klima- und Ressourcenkrise, in den Griff zu bekommen, muss sich die Grundvorstellung durchsetzen, dass „die Güter der Erde ... *allen* Menschen gewidmet sind, zur Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse und zur Erlangung von Wohlfahrt“ (Böckenförde 2009). Namentlich die schon erwähnten drei Strategien der Bereicherung Einzelner an den Gemeingütern müssen erschwert und bestraft werden, damit die Erde für alle eine lebenswerte Heimstatt sein kann: Die Marginalisierung der Arbeit, die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und die Externalisierung von Kosten auf Gesellschaft und Umwelt.

¹ Schuldenübernahme.

1. Die **Marginalisierung von Arbeitnehmer(inne)n** trotz guten Geschäftsgangs ist eine Folge der in den Wirtschaftsgesetzen festgeschriebenen Logik, dass die menschliche Arbeit zu den ertragsmindernden Kosten gerechnet wird, deren Bestimmung es ist, minimiert zu werden. Stattdessen muss sie zu den wertschaffenden Kosten gezählt werden, so dass Kapitaleigner und Arbeitnehmer(innen) im Prinzip gleichberechtigte Mitglieder der Unternehmung mit dem Anspruch auf Teilhabe am Gewinn sind, über dessen Erwerb und Verteilung sie sich einigen müssen. Die Arbeitenden tragen dann auf ihre Weise das Unternehmensrisiko mit, beispielsweise in Gestalt eines erfolgsabhängigen variablen Lohnbestandteils, der am Jahresende ausgezahlt wird (Scherhorn 2009, S. 65–67). Das würde auch die arbeitssparende Wirkung des technischen Fortschritts entschärfen, weil die Verhandlungen zwischen Kapital und Arbeit leichter als jetzt zu individuell flexibler Arbeitszeitverkürzung führen würden, die Vollbeschäftigung bei „kurzer Vollzeit“ erreichbar machen (Wuppertal Institut 2008, S. 434–442). Analog dazu müssen auch Investitionen in Natur- und Sozialkapital als wertschaffende Kosten behandelt werden.
2. Die **Privatisierung von Gemeingütern** durch Vergabe von Monopolrechten und Übertragung öffentlicher Aufgaben auf Private (Rügemer 2005, 2008) kann das Versprechen hoher Effizienz erst dann einlösen, wenn sie mit der Vorgabe von Preis-, Verbrauchs-, Emissions- und Qualitätszielen verbunden ist, deren Einhaltung kontrolliert und deren Nichteinhaltung mit Sanktionen belegt wird. Das erfordert Änderungen am öffentlichen Haushalts- und Vergaberecht, da ein Grund für die Ineffizienz öffentlichen Wirtschaftens in der Inkompatibilität von *einmaligen* Ausgaben für Investitionen und *laufenden* Ausgaben für Betriebsführung und Unterhaltung liegt. So würden die Monopolgewinne ausgeschaltet, die Qualität der Leistung sichergestellt und die öffentliche Wirtschaft nicht länger von der privaten über den Tisch gezogen.
3. Vor allem müssen Unternehmen durch Anpassung der Wettbewerbsgesetze daran gehindert werden, ihre **Kosten auf Umwelt und Gesellschaft abzuwälzen**. Denn heute wird externalisierender Wettbewerb ebenso geschützt wie nachhaltiger. Um das zu ändern, muss in die Liste der unlauteren Wettbewerbs-handlungen nach § 4 UWG (*Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb*) auch der Tatbestand aufgenommen werden, dass ein Unternehmen sich durch Abwälzung von Kosten auf Umwelt und Gesellschaft Vorteile gegenüber den Mitbewerbern verschafft, die diese Kosten selbst tragen, um die natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen zu schützen. Befristete Vereinbarungen zwischen Unternehmen zur Internalisierung bisher abgewalzter Kosten müssen in § 7 (1) GWB (*Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen*) sowie in Artikel 81 (3) des EU-Vertrags vom Kartellverbot ausgenommen werden. Eine Reihe spezifischer Vorschriften muss ergänzend hinzutreten. Der Unternehmensvorstand muss in § 76 (1) AktG (*Aktiengesetz*) sowie Artikel 4.1.1 des *Deutschen Corporate Governance Kodex* auch auf den Beitrag des Unternehmens zur nachhal-

tigen Entwicklung verpflichtet werden. Banken müssen bei den von ihnen gewährten Krediten verlangen, dass die Kreditnehmer(innen) Klimaschutz- und andere Nachhaltigkeitsziele beachten. Anlageberater(innen) müssen verpflichtet werden, Sparer und Investoren anhand eines vertrauenswürdigen ethischen Ratings über die Nachhaltigkeitsleistungen der Unternehmen und Staaten zu informieren, denen sie Kapital oder Kredit geben. Und die Geldschöpfungsmacht der Finanzmärkte muss national und international wirksam kontrolliert werden (Scherhorn 2009, S. 67–74).

So wird das Kapitaleigentum in die Sozialbindung des Eigentums des Artikels 14 Absatz 2 GG einbezogen; so werden Investoren bewogen, „geduldiges Kapital“ – Kapital mit maßvoller Rendite – zur Verfügung zu stellen; so trägt der Gesetzgeber dazu bei, dass nachhaltige Entwicklung zur Externalisierung von Nutzen, nicht von Kosten führt.

Gemeinsame Lösungen für Finanz- und Klimakrise

Es gibt ein gemeinsames Interesse der Welt an Klimaschutz, an der solaren Energiewende, sozialem Frieden, weltwirtschaftlichem Gleichgewicht – und funktionierenden Finanzmärkten. Noch wird es blockiert durch die staatlich geförderte Neigung, den eigenen Vorteil auf Kosten anderer zu suchen. Diese Neigung ist überwindbar, wenn die Sorge für die gemeinsamen Güter zum Beweggrund der Politik wird – wie es dem ursprünglichen Sinn von Politik als der Setzung von Regeln für das Allgemeinwohl entspricht. Denn dann wird der Gesetzgeber die Regeln so setzen, dass nicht die Machtstrategie, sondern ein Zusammenspiel von Wettbewerb und Kooperation zur erfolgreichsten Strategie wirtschaftlichen Handelns wird.

Eine gemeinwohlorientierte Politik würde die gefährdeten Gemeingüter wie das Klima, den Fischreichtum der Meere, die naturgegebenen Rohstoffe ebenso wie die Bildung, die Gesundheit, die Märkte, die Beschäftigung zum Gegenstand eines beharrlich verfolgten Investitionsprojekts machen, in der Art eines neuen *Apollo Program*².

Die Tagespolitik würde stets von neuem an der Erhaltung und Kultivierung der Gemeingüter gemessen werden. Von diesem Leitbild wäre auch die ökologische Neuorientierung der Wirtschaft bestimmt, die ihre Chancen in der Energieeffizienz, in dezentraler Produktion solar generierter Energie, in einer Erhaltung und Auffrischung der CO₂-Senken, in Fangquoten und der Wiederbelebung der Meeresfauna, in kreislaufförmiger Wiedergewinnung verbrauchter Stoffe, in der Vermeidung toxischer Emissionen und Rückstände und vielem mehr sieht.

Es braucht, mit anderen Worten, einen *neuen Gesellschaftsvertrag* zur Herstellung einer solar-solidarischen Gesellschaft, die

>

2 Siehe www.apolloalliance.org.

das Wohlergehen der Menschheit in einer Welt begrenzter Ressourcen sicherstellt (Wuppertal Institut 2008, Kap. 21). Das Grundprinzip aller Demokratie, das Bewusstsein *tua res agitur* – die öffentlichen Angelegenheiten sind auch deine eigenen – nähme im Engagement für die Gemeingüter Gestalt an, würde für jeden anschaulich, handlungsleitend und durch immer neue Erfolgsmeldungen bekräftigt. Es wäre, wie dargelegt, nicht ohne die Ausdehnung der Sozialpflichtigkeit auf das Kapitaleigentum realisierbar. Es müsste damit einhergehen, die Steuersenken zu verstopfen, die Spitzensteuersätze zu erhöhen, die Bildungschancen anzugleichen – und würde unvermeidlich zu einem Ärgeris für die traditionellen Eliten, die von der gegenwärtigen Ordnung profitieren, sich deshalb – noch? – strukturkonservativ verhalten und den Wandel behindern (Ott 2008, S. 48 ff.). Gegen ihren Widerstand hat die Neuorientierung nur in einer extremen Krisensituation eine Chance – doch was kann extremer sein als das Zusammentreffen einer Finanzkrise mit einer Klima- und Ressourcenkrise?

Die Gemeingutorientierung würde auch die Erwartungen über die Stärke des Wachstumsimpulses korrigieren, der von der solidarischen Erhaltung der Gemeingüter ausgeht. Die Industrieländer sind in der Phase der Dienstleistungen angelangt. Die Deregulierung der Finanzmärkte war im Grunde der untaugliche Versuch, die Verlangsamung des industriellen Wachstums durch übermäßige Expansion der Finanzdienstleistungen zu kompensieren. Die Innovationen der nachhaltigen Entwicklung werden gesamtwirtschaftlich keinen so starken Wachstumsschub verursachen, wie ihn die Rekonstruktionsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg gebracht hat. Das dürfen sie auch gar nicht: Der Schub der Rekonstruktion ging auf *Kosten* der Umwelt, die Schübe der nachhaltigen Entwicklung müssen zum *Nutzen* der Umwelt ausgehen.

Das gelingt nur, wenn der Überschwang der Nachfrage, der die erreichte Verminderung des Ressourcenverzehr wieder zunichtemacht („Rebound-Effekt“), verhindert wird – keineswegs nur um der Umweltziele willen, sondern auch weil die hohe Staatsverschuldung noch jahrelang mit Inflationsgefahren verbunden sein wird. Kurz: Das Wachstum der Zukunft wird stärker qualitativ sein und muss an den qualitativen Fortschritten gemessen werden.

Eine solidarische Wirtschaftsordnung bietet die Chance, in einer endlichen Welt mit knappen Ressourcen und wachsender Weltbevölkerung den Verzehr unseres Natur- und Sozialkapitals mitsamt den Krisen zu vermeiden, die er heraufbeschwört. Diese Chance sollte uns große Anstrengungen wert sein. Sie sollte uns dazu bewegen, bei der Bewältigung der Finanzkrise auf nachhaltige Lösungen zu setzen, die die Abkopplung des Finanzkapitals vom Realkapital für heute rückgängig machen und für die Zukunft verhindern. Diese Lösungen müssen zugleich so eng mit der Erhaltung und Kultivierung der natürlichen Mitwelt verbunden sein, dass mit ihnen die Klima- und Ressourcenkrise noch rechtzeitig behoben werden kann. Die Größe dieser Chance liegt darin, dass dafür die Marktwirtschaft am Gemeingut statt am Primat des Kapitals orientiert wird.

Literatur

- Barnes, P. 2006. *Capitalism 3.0*. San Francisco, CA: Berrett-Koehler.
- Böckenhöfer, E.-W. 2009. Woran der Kapitalismus krankt. *Süddeutsche Zeitung*, 24.04.2009: 8.
- Braudel, F. 1986. *Die Dynamik des Kapitalismus*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- de Planta, R. 2009. Sanierung von Banken ohne Einsatz von Steuergeldern. *Neue Zürcher Zeitung*, 20.03.2009.
- Frank, R. 2007. *Falling behind. How rising inequality harms the middle class*. Berkeley, CA: University of California Press.
- Hardin, G. 1968. The tragedy of the commons. *Science* 162: 1243–1248.
- Harvey, D. 2005. *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*. Zürich: Rotpunkt.
- Jenner, G. 2006. *Energiewende. So sichern wir Deutschlands Zukunft*. Berlin: Propyläen.
- Klein, N. 2007. *Die Schock-Strategie*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Krugman, P. 2007. *Nach Bush*. Frankfurt am Main: Campus.
- Ott, H. E. 2008. Szenarien einer zukünftigen Klimapolitik und Elemente eines effektiven Klimaregimes nach 2012. In: *Wege aus der Klimafalle*. Herausgegeben von H. E. Ott, Heinrich-Böll-Stiftung. München: oekom. 47–66.
- Pfister, C. 1995. *Das 1950er Syndrom. Der Weg in die Konsumgesellschaft*. Bern: Haupt.
- Reich, R. 2008. *Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt*. Frankfurt am Main: Campus.
- Rügemer, W. 2005. *Cross border leasing*. 2. Auflage. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Rügemer, W. 2008. *Public private partnership*. Bielefeld: transcript.
- Sachs, W., H. E. Ott. 2007. Öljunkies auf Entzug! Umweltpolitik ist Ressourcenpolitik ist Sicherheitspolitik: Neue Herausforderungen für die Außenpolitik. *Internationale Politik* 62/2: 6–15.
- Scherhorn, G. 2009. *Geld soll dienen, nicht herrschen*. Wien: Picus.
- Stern, N. 2007. *The economics of climate change: The Stern review*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Wallerstein, I. 2002. *Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts*. Wien: Promedia.
- Wuppertal Institut. 2008. *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte*. Herausgegeben von BUND, Brot für die Welt und EED. Frankfurt am Main: Fischer.
- Zingales, L. 2008. Plan B. *The Economists' Voice* 5/6: Article 4. www.bepress.com/ev/vol5/iss6/art4 (abgerufen 20.05.2009).
- Zingales, L. 2009. Yes we can, Secretary Geithner! *The Economists' Voice* 6/2: Article 3. www.bepress.com/ev/vol6/iss2/art3 (abgerufen 20.05.2009).

Eingegangen am 15. April 2009; überarbeitete Fassung
angenommen am 13. Mai 2009.

Gerhard Scherhorn

Geboren 1930 in Hannover. Doktorat in Volkswirtschaftslehre, Habilitation in Wirtschaftlichen Staatswissenschaften. Lehr- und Forschungstätigkeit in Köln, Hamburg und Stuttgart, seit 1976 Professor für Konsumökonomik an der Universität Hohenheim, 1998 emeritiert. 1975 bis 1979 Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Seit 1996 Mitarbeit am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.



Hermann E. Ott

Geboren 1961 in Münster. Ausbildung in Rechts- und Politikwissenschaften. Seit Mai 2004 Leiter des Büros Berlin für das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, zuvor Leiter der Abteilung Klimapolitik. Umfassender Kommentar zum Kyoto-Protokoll (mit Sebastian Oberthür). Mitautor von *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt* (Fischer 2008), Mitherausgeber von *Wege aus der Klimafalle* (oekom 2008).

